

15.06.2016

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 4752 vom 3. Mai 2016
des Abgeordneten Gregor Golland CDU
Drucksache 16/11951

Warum wird in NRW mehr eingebrochen als in Bayern?

Wortlaut der Kleinen Anfrage

Beim direkten Vergleich von Kriminalitätszahlen zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen zeigt sich, dass in NRW mehr Kriminalität stattfindet als im Freistaat.

Dies wird insbesondere beim Vergleich der Häufigkeitszahlen (Umrechnung auf je 100.000 Einwohner) beim Wohnungseinbruchsdiebstahl deutlich: 2006 wurde in NRW vier Mal so oft eingebrochen, wie in NRW (HZ NRW: 209; HZ Bayern 50). Inzwischen hat sich die Kluft zwischen Bayern und NRW vergrößert. 2015 wurde sechs Mal so oft in NRW eingebrochen, wie in Bayern (HZ NRW: 354; HZ Bayern 59).

Nun führt die Landesregierung immer wieder die unterschiedliche Besiedlungsdichte als Grund für die ungleiche Kriminalitätsdichte an. Aber auch im direkten Großstadtvergleich verliert NRW gegen Bayern. Stellt man die Zahlen der beiden größten Städte der Bundesländer gegenüber, muss man feststellen, dass in Köln 2015 mehr als 60 % mehr eingebrochen wurde als in München.

In Bayern kam 2014 auf 361 Einwohner ein Polizist, in NRW auf 400 Einwohner eine Vollzugsstelle.

Der Minister für Inneres und Kommunales hat die Kleine Anfrage 4752 mit Schreiben vom 15. Juni 2016 namens der Landesregierung beantwortet.

Datum des Originals: 15.06.2016/Ausgegeben: 20.06.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

1. *Warum kommt in Nordrhein-Westfalen Kriminalität (insbesondere Diebstähle) so viel häufiger vor als in Bayern?*

Belastbare Daten des Landes Bayern oder spezifische wissenschaftliche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Beantwortung dieser Frage nicht vor.

Statistische Daten belegen, dass die Kriminalitätsbelastung pro 100.000 Einwohner mit zunehmender Einwohnerzahl deutlich steigt. Das gilt insbesondere für Eigentums-, Raub-, und Körperverletzungsdelikte. Zurückgeführt wird dies auf die gute Verfügbarkeit von geeigneten Tatobjekten und eine geringere Sozialkontrolle als Folge der Anonymität, insbesondere in Großstädten. Nordrhein-Westfalen weist im Vergleich zu anderen Ländern eine hohe Dichte an Großstädten auf. 29 von insgesamt 76 deutschen Großstädten sind hier, im Metropolraum Nordrhein-Westfalen, angesiedelt.

Im Übrigen wird auf den Bericht zur Sitzung des Innenausschusses vom 19.11.2015 (Vorlage 16/3429) verwiesen.

2. *Wie rechtfertigt die Landesregierung die vergleichsweise deutlich geringere Polizeidichte in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu Bayern?*

Die „Polizeidichte“ berücksichtigt als Ergebnis einer ausschließlich mathematischen Betrachtung keinerlei qualitative Faktoren und sollte vor diesem Hintergrund auch nicht ohne die Betrachtung anderer, wesentlicher Einflussfaktoren beurteilt werden. Die Personalstärke bzw. der Personalbedarf einer Landespolizei ist vielmehr außerhalb rein mathematischer Bezüge anhand sachlicher und wissenschaftlicher Erkenntnisse auszurichten. Die vom MIK NRW eingesetzte Expertenkommission „Bürgernahe Polizei - Den demographischen Wandel gestalten“ kommt in ihrem im Juni 2015 vorgelegten Ergebnisbericht zu der Einschätzung, dass die Polizei NRW mit einer Stärke von 39.150 Planstellen für PVB im Jahr 2014 bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen in der Lage ist, das zum Zeitpunkt der Drucklegung bestehende Sicherheitsniveau zu halten.

Den seither veränderten Rahmenbedingungen und den damit einhergehenden gestiegenen Anforderungen an die Polizei NRW begegnet die Landesregierung einerseits auf konzeptioneller Ebene, wie aktuell mit dem Maßnahmenpaket der Landesregierung für mehr innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort, andererseits mit einer bereits seit 2011 kontinuierlichen Erhöhung der Einstellungsermächtigungen für Kommissaranwärterinnen und -anwärter zunächst von 1.100 auf 1.400, dann in 2015 auf 1.892 und zuletzt auf 1.920 Einstellungsermächtigungen.

Im Übrigen wird auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage 4329 (LT-Drs. 16/10876; 26.01.2016) verwiesen.

3. *Warum wird in Köln relativ und absolut mehr eingebrochen als in der bayrischen Landeshauptstadt?*

Siehe Antwort zu Frage 1.

4. *Wie hoch sind die jeweiligen Aufklärungsquoten für Wohnungseinbruchsdiebstahl in München und Köln seit 2010?*

- 5. *In welchem Verhältnis steht Nordrhein-Westfalen im bundesweiten Vergleich aller Länder bei der Häufigkeitsanzahl von Wohnungseinbrüchen seit 2010? (Bitte alle HZ der Länder aus den Jahren 2010-2015 auflisten.)***

Die Fragen 4 und 5 werden zusammen beantwortet: Die nachgefragten Daten sind in den Anlagen abgebildet.

Anlage zur Kleinen Anfrage 4752

Wohnungseinbruchdiebstahl

Aufklärungsquoten der Städte Köln und München für die Jahre 2005 bis 2015

Jahr	Stadt Köln	Stadt München
2005	8,9%	28,3%
2006	9,9%	17,2%
2007	9,9%	17,0%
2008	9,2%	29,8%
2009	8,0%	17,6%
2010	7,6%	16,0%
2011	6,4%	24,6%
2012	5,9%	15,5%
2013	8,4%	22,4%
2014	8,1%	15,6%
2015	7,8%	16,1%

Datenquelle ist die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS).

	erf. Fälle insges.	Häufigkeitszahl *)					
		2015	2014	2013 **)	2012	2011	2010
Baden-Württemberg	12.255	114,4	126,8	106,9	79,5	76,2	73,0
Bayern	7.480	58,9	65,1	51,0	45,3	41,8	35,7
Berlin	11.815	340,5	355,3	342,7	351,0	318,0	253,1
Brandenburg	4.436	180,5	163,0	163,3	149,7	118,5	113,0
Bremen	3.544	535,4	540,8	525,2	539,5	518,4	434,8
Hamburg	9.006	510,9	428,9	399,2	394,4	362,8	424,7
Hessen	11.595	190,3	181,6	179,4	173,5	179,2	164,5
Mecklenburg-Vorpommern	1.521	95,1	95,8	95,0	86,4	81,2	76,5
Niedersachsen	16.575	211,8	188,1	202,4	184,5	149,2	149,4
Nordrhein-Westfalen	62.362	353,6	300,4	313,0	303,6	282,3	250,5
Rheinland-Pfalz	7.125	177,6	145,7	146,8	137,0	127,6	114,2
Saarland	2.437	246,4	250,8	210,7	200,4	163,6	165,9
Sachsen	4.257	105,0	95,6	89,4	92,8	83,6	77,2
Sachsen-Anhalt	2.795	125,0	115,7	114,5	107,4	103,8	97,6
Schleswig-Holstein	8.456	298,7	267,4	268,4	269,7	258,2	239,3
Thüringen	1.477	68,5	45,3	54,5	41,1	41,0	28,6

*) Auszug PKS-Jahrbuch des BKA

***) Aufgrund der geänderten Datenbasis bei den Bevölkerungszahlen (Zensus 2011) ist ein Vergleich der HZ ab 2013 mit den Vorjahren nicht möglich.